

Wahlprüfsteine 2017

Was tun für die Alphabetisierung?

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. bringt sich auch im Wahljahr 2017 ein und fragte bei den Bundestags-Parteien ihre politischen Positionen und Konzepte ab.

Wie bereits bei den Wahlprüfsteinen 2009 und 2013 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien sowie die FDP und AfD auf die Prüfsteine geantwortet.



Hier die Antworten der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

Frage 1: Welche Schwerpunkte will Ihre Partei in der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung 2016-2026 setzen?

Wir finden uns nicht damit ab, dass es in Deutschland weiterhin 7,5 Millionen funktionale Analphabeten gibt. Daher wollen wir weitere Angebote des Bundes zur Stärkung der Grundbildung schaffen. Die Nationale Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung stellt hierzu einen ersten wichtigen Schritt dar. Wir machen uns dafür stark, dass förderrechtliche Unterstützungsmöglichkeiten nach SGB II und SGB III für die notwendigen Grundkompetenzen in den Bereichen Lesen, Schreiben, Mathematik sowie Informations- und Kommunikationstechnologien grundsätzlich weiter ausgebaut werden. Mit der Dekade wollen wir weiterhin das Angebot an Kursen zur Alphabetisierung und Grundbildung ausbauen. Für die SPD ist dabei zentral, dass diese einen möglichst niedrige Einstiegshürde haben und sich an der Lebenswelt der Betroffenen orientieren. Alphabetisierungskurse sollen deshalb zum Beispiel am Arbeitsplatz oder im Sportverein stattfinden. Auch wollen wir, dass Alphabetisierungskursen im Rahmen von Integrationskursen ausgebaut werden

Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. - Berliner Platz 8-10 - 48143 Münster

Tim Henning
0251-49099641
t.henning@alphabetisierung.de

Stephanie Blume
0251-49099631
s.blume@alphabetisierung.de

Stefan Wälte
0251-49099637
s.waelte@alphabetisierung.de

und durch „blended learning“-Elemente ergänzt werden. Die Probleme von Analphabetismus und Kurse zum Lernen von Lesen und Schreiben sind noch zu wenig bekannt. Darum sollen die Betroffenen, deren Umfeld und die Gesellschaft besser informiert werden. Zudem wollen wir genauer erforschen, warum es manchen Menschen schwerer fällt, lesen und schreiben zu lernen, und wie man ihnen am besten beim Lernen helfen kann. Nicht zuletzt wollen wir die Akteure aus dem Bereich Alphabetisierung und Grundbildung unterstützen, sich besser zu vernetzen, damit sie Erfahrungen und gute Praxisbeispiele leichter austauschen können. Die Entwicklung von effektiven Konzepten für eine neue Didaktik und Methodik bei der Ansprache der diversifizierenden Zielgruppen ist ebenfalls wichtig. Für all diese Vorhaben sind zusätzliche Mittel in der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung von allen beteiligten Akteure und auch der Wirtschaft zu mobilisieren.

Frage 2: Hält Ihre Partei ein Grundrecht auf Grundbildung für sinnvoll und in welcher Form würde sich Ihre Partei dafür einsetzen?

Für uns ist klar, dass jeder Mensch das Recht auf beste Bildung hat. Dazu zählt selbstverständlich auch die Grundbildung. Bildung darf nicht davon abhängen, wo man in Deutschland lebt, wie alt man ist oder wieviel Geld man hat. Doch das ist bei uns noch zu oft der Fall. Darum wollen wir die Gebühren für Bildung abschaffen und mehr Geld für Schulen bereitstellen. Denn alle Kinder sollen unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern beste Lernmöglichkeiten von Anfang an haben. Nur so können wir es schaffen, dass weniger Jugendliche die Schule verlassen, ohne richtig lesen, schreiben oder rechnen zu können. Auch für Erwachsene muss es ausreichend Angebote geben, wenn sie besser lesen, schreiben oder rechnen lernen wollen. Ganz konkret wollen wir nach der Wahl deshalb eine nationale Bildungsallianz von Bund, Ländern und Kommunen initiieren. Vor allem mit einem Schulmodernisierungsprogramm und dem Ausbau von Ganztagschulplätzen wollen wir längeres gemeinsames Lernen in modernen Schulräumen mit bester Technik möglich machen. Hierzu wollen wir auch gemeinsam mit den Ländern neue Bildungsstandards für alle Bildungsbereiche

und Schulstufen entwickeln. Überfällig ist zudem der flächendeckende Ausbau der Sozialarbeit an allen Schulen, so dass sie alle Schülerinnen und Schüler, alle Eltern und alle Lehrkräfte erreicht. Gute Ganztagschulen müssen sich zudem gegenüber Partnern außerhalb der Schule öffnen und Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der Angebote beteiligen. Schulen sind Orte der Bildung, der Wertevermittlung und Lernort für lebendige Demokratie. Ehrenamtliches Engagement der Schülerinnen und Schüler werden wir fördern. Ein weiteres wesentliches Element für mehr Chancengleichheit in der Bildung ist das BAföG, das wir auch für Schülerinnen und Schüler ausbauen wollen. Auch wollen Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni oder zum Meisterbrief herstellen.

Frage 3: Ist das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bereich der Grundbildung in der heutigen Form sinnvoll?

Die SPD hält das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern für in Verfassungsrecht gegossenen Unsinn. Obwohl die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in vielen Bereichen der Bildung sinnvoll wäre, ist diese verboten. Darum wollen wir das Kooperationsverbot abschaffen. Für den Bereich der Hochschulen und in finanzschwachen Kommunen für die Sanierung von Schulen ist uns dies bereits gelungen. Wir kämpfen aber weiterhin dafür, dass Bund, Länder und Kommunen in Zukunft überall in der Bildung zusammenarbeiten dürfen. Nur so können wir die Investitionen in Schulen zielgenau und verlässlich auf den Weg bringen und die Voraussetzungen für eine nationale Bildungsallianz schaffen. Überall da, wo es sinnvoll ist, muss der Bund helfen können, Bildung besser zu machen. Das gilt natürlich auch für die Grundbildung.

Frage 4: Was will Ihre Partei tun, um Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten besser am politischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen?

Die Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben fällt leichter, wenn man gut lesen und schreiben kann. Darum wollen wir durch vielfältige

Maßnahmen die Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen in Deutschland stärken (siehe hierzu im Konkreten die Frage 1). Bereits im Behindertengleichstellungsgesetz haben wir festgelegt, dass Behörden Informationen vermehrt in leichter Sprache bereitstellen müssen. Dadurch helfen wir Menschen mit geringen Lesefähigkeiten im Umgang mit der öffentlichen Verwaltung. Trotzdem bleibt die Aufklärung ein Schlüssel zur besseren Teilhabe. Auf der einen Seite muss die Gesellschaft über die Probleme von Analphabetismus informiert werden. So können Vorurteile abgebaut werden, die es Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten zusätzlich schwer machen, sich zu beteiligen. Um die politische Partizipation von Menschen mit Lese- und Schreibschwäche oder auch Behinderung zu erhöhen, setzt sich die SPD ebenfalls dafür ein gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung Angebote in „Einfacher Sprache“ und in „Leichter Sprache“ zu entwickeln.